Deutscher Bundestag **Drucksache 19/456**

19. Wahlperiode 17.01.2018

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bildung für alle – Globale Bildungspartnerschaft substantiell unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung ist ein Menschenrecht und Voraussetzung für eine gerechte Entwicklung weltweit. Laut dem Weltbildungsbericht 2017/2018 der UNESCO gehen aber weltweit 264 Millionen Kinder und Jugendliche nicht zur Schule. Davon haben allein über 60 Millionen Kinder im Grundschulalter keinen Zugang zu Bildungseinrichtungen. In besonderem Maße leiden Kinder in Krisen- und Konfliktgebieten darunter. Zudem sind Mädchen überproportional von einem unzureichenden Zugang zu Bildung betroffen. Dies verhindert den weltweiten Aufbau geschlechtergerechter Gesellschaften. Bei weiteren besonders benachteiligten Gruppen sieht es noch schlechter aus: So können laut UNESCO bis zu 90 Prozent aller rund 65 Mio. Kinder mit Behinderungen in ärmeren Weltregionen keine Schule besuchen.

Im September 2015 hat die Weltgemeinschaft die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Damit hat sie neue globale Rahmenbedingungen auch für die Bildungsagenda geschaffen. Das zentrale Agenda-Prinzip „niemanden zurücklassen“ („leave no one behind“) und die Umsetzung insbesondere des „Nachhaltigkeitsziels 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern“, verlangen eine neue Ausrichtung und eine verstärkte Unterstützung zur Umsetzung einer inklusiven, gerechten und hochwertigen Bildungspolitik im Globalen Süden. Die anstehende Finanzierungkonferenz der Globalen Bildungspartnerschaft (GPE) am 1. und 2. Februar 2018 in Dakar bietet die Gelegenheit, dem Versprechen der „Agenda 2030“ nun auch Taten folgen zu lassen. Die deutsche Bundesregierung muss die Konferenz in Dakar dazu nutzen, ein starkes Signal für nachhaltige Bildung zu setzen und ihre finanzielle Unterstützung substantiell auszubauen.

Der Bereich der Grundbildung und die multilaterale GPE sind seitens der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit unverhältnismäßig geringen Mitteln ausgestattet. So entfallen auf Grundbildung nur rund zwei Prozent der Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Bundesrepublik. Die GPE wird mit derzeit 7 Mio. Euro pro Jahr gefördert, der deutsche Anteil liegt damit bei 1,5 Prozent. Die Globale Bildungskampagne, in der sich entwicklungspoliti-

sche Nichtregierungsorganisationen und Bildungsgewerkschaften zusammengeschlossen haben, hat 100 Mio. € jährlich als fairen Beitrag Deutschlands für die GPE errechnet, gemessen an der volkswirtschaftlichen Leistung Deutschlands (https://www.bildungskampagne.org/deutschlands-fairer-beitrag).

Die Internationale Kommission zur Finanzierung globaler Bildungsmöglichkeiten empfiehlt zudem, dass die Mittel der GPE bis 2020 auf 2 Milliarden US-Dollar jährlich und bis 2030 auf 4 Milliarden US-Dollar aufgestockt werden sollten. Dadurch würde für den Bildungssektor ein Fonds geschaffen, der ähnlich denen im Gesundheitsbereich eine hohe Wirkungskraft entfalten kann. Deutschland sollte hier seinen Teil der Verantwortung übernehmen.

Der Zugang zu Bildung ist ein zentraler Baustein im Kampf gegen soziale Ungleichheit und Armut, ohne den die eigenständige Entwicklung von Gesellschaften nicht möglich ist. Gerade deshalb muss dem finanziellen Bedarf und der Förderung frühkindlicher Bildung und Grundbildung stärker nachgekommen werden als bisher.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen fairen Anteil für die Globale Bildungspartnerschaft zu leisten, in einem ersten Schritt den jährlich Beitrag auf 50 Mio. Euro zu erhöhen und perspektivisch den deutschen Beitrag auf 100 Mio. Euro auszubauen;
2. eer Finanzierungskonferenz der Globalen Bildungspartnerschaft am 1. und 2. Februar 2018 in Dakar hochrangig beizuwohnen;
3. Vorreiter im Bereich der Förderung von inklusiven, gerechten und hochwertigen Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern zu werden, dabei besonders die Grundbildung und frühkindliche Bildung in den Fokus zu nehmen und auf EU-Ebene aktiv um eine stärkere Unterstützung für die Globale Bildungspartnerschaft zu werben.

Berlin, den 16.Januar 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Wenngleich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Bildung als einen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit definiert, spiegelt sich dies bislang weder in der Umsetzung noch in der Finanzierung des Sektors wider.

Die Bundesregierung vernachlässigt insbesondere die Themen Grundbildung und frühkindliche Bildung – oder delegiert sie an private Träger. Dieses Vorgehen wird dem ganzheitlichen Ansatz der BMZ-Bildungsstrategie nicht gerecht.

Der deutsche Anteil an der Gesamtfinanzierung der GPE liegt bei lediglich 1,5 Prozent. Auch mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses in der 18. Wahlperiode, den deutschen Beitrag an der GPE auf 9 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen, kommt Deutschland seiner Verantwortung, einen fairen Anteil zu leisten, nicht nach. Gemessen an der volkswirtschaftlichen Leistung ist ein Anteil von mindestens 50 Mio. Euro pro Jahr notwendig.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.